

Ostfriesische Nachrichten vom 11.9.2013

### **„Zerstörung der gesetzlichen Rente ist kriminell“**

Autoren Holger Balodis und Dagmar Hühne lasen im Europahaus aus ihrem Buch „Die Vorsorgelüge“

die **Aurich**. Zurück zum alten, im Kern funktionierenden Rentensystem. So lautet das Fazit des Buches „Die Vorsorgelüge“, das die Autoren Holger Balodis und Dagmar Hühne im Auricher Europahaus vorstellten. Die Autoren waren auf Einladung der Gruppe „Solide Rente“ des Deutschen Gewerkschaftsbundes und von Verdi gekommen und gaben 90 Zuhörern ihre Begründung für diese Forderung.

Balodis beschrieb das Buch als Sippengemälde oder als Wirtschaftskrimi. Hart gehen die Autoren in dem Buch mit der rot-grünen Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder ins Gericht. Der Begriff Sippe wird gebraucht, weil alle Rentenexperten der Regierung, die vor gut zehn Jahren die Umkrempung der deutschen Altersvorsorge vorangetrieben haben, mit der Versicherungswirtschaft verwandt waren. Kriminell sei, so Balodis, die gezielte und mutwillige Zerstörung der gesetzlichen Rente.

„Die Bevölkerung wurde erst manipuliert und dann betrogen“, sagt er deutlich. Ab Mitte der 1990er-Jahre hätten Untergangspropheten für eine Hysterie gesorgt, die die Menschen zum Abschließen privater Altersversicherungen drängen sollten. Schon Norbert Blüm habe unnötigerweise den demografischen Faktor eingeführt. Dazu Balodis: „Da wir seit mehr als hundert Jahren älter werden und seit mehr als hundert Jahren weniger Kinder bekommen, war das Demografieproblem also nicht neu. Aber die Propaganda für neue private Produkte der Versicherungsindustrie lief mit Unterstützung der Regierung wie geschmiert.“

Im Anschluss schossen sich die Autoren auf eine Person ein, dessen Name sich wie ein roter Faden durch den Inhalt zieht: Riester. „Die von ihm geschaffenen Verträge sind Geldvernichtungsmaschinen. 80 bis 90 Prozent der Kunden werden ein Minusgeschäft machen“, sagten Balodis und Hühne und erläutern dann die drei „Klaus“: den Kostenklau, den Stornoklau und den Lebenserwartungsklau. Die Arbeitnehmer und Sparer würden hohe Abschlussgebühren und Vermittlungsprovisionen zahlen. „Und da die Versicherungsunternehmen die Lebenserwartungen ungefähr zehn Jahre höher ansetzen als sie vom statistischen Bundesamt prognostiziert werden, schütten sie am Ende weniger aus“, so Balodis. Bei den Sparern entstehe so ein jährlicher Schaden von über zehn Milliarden Euro.

Die Autoren haben die in ihrem Buch angegebenen Daten von unabhängigen Experten und Versicherungsmathematikern errechnen lassen. „Und dieser Riester, der sich als Visionär nicht richtig verstanden sieht, reist weiter durch die Lande, hält gut bezahlte Vorträge in Wirtschaft und bedankt sich bei Versicherungsvermittlern“, sagt Balodis.

Die Autoren beschreiben eine düstere Zukunft. Die heute angegebenen durchschnittlichen Renten beziehen sich auf den Durchschnittsverdienst. Da aber über die Hälfte der Arbeitnehmer unter diesem Durchschnittsverdienst liegen, werden auch deren Renten niedriger sein.

Im Jahr 2030 werden zwölf Millionen Rentner nicht mehr als 688 Euro im Monat bekommen. In 20 bis 25 Jahren werden zwanzig Millionen Menschen, das sind mehr als die Hälfte der heutigen Erwerbstätigen, in Altersarmut leben. „Das Ganze lässt sich verhindern, wenn die gesetzliche Rente mit dem Umlagesystem und dem alten Rentenniveau wiedererfunden wird und wenn die Politik eingesteht, dass Riester gescheitert ist“, sagen Balodis und Hühne.

„Gewinner wären eindeutig die Beitragszahler und Rentner, Verlierer die Finanzwirtschaft. Die dafür erforderliche Beitragserhöhung auf 26 Prozent bis 2030 ist verschmerzbar. Ganz wichtig ist, dass die Situation von ungefähr 15,6 Millionen Menschen in Deutschland, die arbeitslos sind, die Minijobs haben, die solo-selbstständig sind, von Beamten, arbeitswilligen Müttern und Älteren ins Visier genommen wird“, so die Autoren. Wenn ein Drittel von ihnen sozialversicherungspflichtig beschäftigt würde, gäbe es keine Probleme mit der gesetzlichen Rentenversicherung und kaum Altersarmut.

Die Autoren sind davon überzeugt, dass ihre Rechnung aufgehen könnte, wenn die Politiker die Kehrtwende wie in der Energiepolitik vollziehen. Sie müssten aber eingestehen, dass sie ein funktionierendes System mutwillig demontiert haben.



Die Autoren gehen in ihrem Vortrag besonders mit Regierung Schröder hart ins Gericht.